

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Breschnew-Doktrin in Staatsverfassung : der 10. Kongress der KP Bulgariens  
**Autor:** Kuburovic, Predislav  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095416>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Der 10. Kongress der KP Bulgariens

## Breschnew-Doktrin in Staatsverfassung

Von Predislav Kuburovic

Bulgarien ist zum wohl ersten Staat geworden, der sich in seiner eigenen Staatsverfassung auf die Protektion durch eine namentlich genannte fremde Grossmacht beruft. Die Hilfe der Sowjetunion und der «übrigen Länder der sozialistischen Gemeinschaft» ist in das neue Grundgesetz des Landes aufgenommen worden, dessen Entwurf vom jüngsten Parteitag angenommen worden ist. Die Breschnew-Doktrin beschränkter Souveränität ist somit in Osteuropa erstmals Staatsrecht geworden, eine Errungenschaft, die so unverfroren nicht einmal Stalin seinen Satelliten aufgezwungen hatte.

In der Zeit vom 20. bis 24. April 1971 fand im Sofioter Universiade-Saal der 10. Kongress der KP Bulgariens statt. Daran beteiligten sich 1553 Delegierte der fast 700 000 bulgarischen Kommunisten, sowie Vertreter 89 kommunistischer Arbeiterparteien und einiger «demokratischer» und sozialistischer Linksparteien aus 82 Ländern.

Der 10. Parteikongress wurde vom ältesten ZK-Mitglied der KP Bulgariens, Todor Pawloff, einem führenden bulgarischen marxistisch-leninistischen Philosophen, eröffnet. Die Tagesordnung des Kongresses umfasste folgende Traktanden: 1. Bericht des ZK der KPB von Todor Schiwkoff, Erster Sekretär des ZK; 2. Bericht der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission der KPB von Stojan Karadschoff, Präsident der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission; 3. Annahme des neuen Parteiprogrammes; 4. Bestätigung der Direktiven für den 6. Fünfjahrplan 1971—1975; 5. Wahl der obersten Parteigremien.

### Der aussenpolitische Rahmen

Im Mittelpunkt des ersten Tages des Kongresses stand der von Todor Schiwkoff vorgetragene, sechsstündige Bericht des ZK der KPB. Die Schwerpunkte galten folgenden Themen: bulgarische Aussenpolitik und internationale Lage, wirtschaftliche Entwicklung des Landes vom 9. zum 10. Parteikongress, 6. Fünfjahrplan 1971—1975, Entwurf der neuen bulgarischen Staatsverfassung, Änderungen des Parteistatutes und das neue Programm der KP Bulgariens.



Todor Schiwkoff beim Verlesen seines Rechenschaftsberichtes: Offenes Bekenntnis zum Vasallentum.

In dem aussenpolitischen Teil seines Berichtes unterstrich Schiwkoff die enge Freundschaft zwischen Bulgarien und der UdSSR. Diese Freundschaft sei «die granitene Grundlage der gesamten Aussenpolitik Bulgariens», für die Partei «was Sonnenschein und Luft für jedes Lebewesen, eine Freundschaft von Jahrhunderten auf Jahrhunderte, eine der wichtigsten Triebkräfte unserer Entwicklung, die Bedingung und Garantie für den bevorstehenden Aufschwung unseres sozialistischen Vaterlandes und seiner Zukunft». («Rabotnitschesko delo», Sofia, 21. 4. 1971. S. 2/3.). Die Beziehungen zu den übrigen sozialistischen Ländern baue Bulgarien auf den starken Prinzipien des sozialistischen Internationalismus auf.

In der getreu kopierten Moskauer Lesart verurteilte Schiwkoff die angebliche amerikanische Aggression in Vietnam, die Intervention in Laos und Kambodscha. Nach Schiwkoff unterstützt Bulgarien auch den «gerechten Kampf der arabischen Völker und deren Bemühungen, die auf eine friedliche Regelung des Nahostkonfliktes durch genaue Durchführung der Resolutionen des Sicherheitsrates vom November 1967 ausgerichtet sind». Die Beziehungen Bulgariens zu den kapitalistischen Ländern würden erweitert. Die politischen Kontakte auf verschiedenen Ebenen seien häufiger geworden. Bulgarische Regierungsdelegationen haben die Türkei, Oesterreich, Finnland, Japan, Norwegen, Dänemark und Island besucht. Zur europäischen Sicherheitskonferenz äusserte Schiwkoff die Hoffnung, dass diese «trotz der Anstrengungen, die die USA und ihre NATO-Anhänger machen, stattfinden wird, weil sie den Lebensinteressen der europäischen Völker entspricht und ein Gebot der Gegenwart ist». Von grosser Bedeutung für die ständige Verbesserung der politischen Atmosphäre in Europa seien die zwischen der UdSSR und Polen einerseits, der Bundesrepublik Deutschland andererseits unterzeichneten Verträge. Wichtig für die ständige Verbesserung der politischen Atmosphäre in Europa seien ferner: die internationale Anerkennung der DDR, die Normalisierung ihrer Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern sowie ihre Zulassung zur UNO. Ferner erwähnte Schiwkoff die Ereignisse in der Tschechoslowakei von 1968. Nach ihm haben die rechtsrevisionistischen Kräfte in der Tschechoslowakei, unterstützt von den internationalen reaktionären Kreisen, versucht, eine Bresche in die sozialistische Gemeinschaft zu schlagen und die CSSR aus dieser Gemeinschaft zu lösen. Bulgarien habe im Jahre 1968 Truppen nach der CSSR entsandt, um eine solche Entwicklung zu verhindern, womit es

seine internationale sozialistische Pflicht erfüllt habe. Er verurteilte «die verleumderische Tätigkeit» chinesischer Führer und ihre «Bemühungen, die kommunistische Weltbewegung zu spalten». Zugleich erwähnte er die bulgarischen Bemühungen im «Hinblick auf die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu China, trotz ernster ideologischer und politischer Meinungsverschiedenheit».

In bezug auf die bulgarische Balkanpolitik unterstrich Schiwkoff die Bereitschaft seines Landes, zur weiteren Verbesserung der politischen Atmosphäre auf dem Balkan beizutragen und für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Balkanstaaten hinzuarbeiten. Bulgarien wünsche nicht nur mit seinem nördlichen Nachbarn, Rumänien, sondern auch mit Jugoslawien, der Türkei und Griechenland gutnachbarliche Beziehungen und engere Zusammenarbeit. Hingegen erteilte er Albanien eine Rüge, weil nach ihm die albanischen Führer «im Sumpf des Opportunismus und Antisowjetismus versinken» und ihr Land gegen seine natürlichen Verbündeten, die sozialistischen Länder, auszuspielen versuchen. Im Verhältnis zu Jugoslawien lasse sich Bulgarien von der Tatsache leiten, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialistischen Ländern den Interessen der beiden Völker, des Friedens und des Sozialismus entspreche. Im vorgedruckten Bericht des ZK wurde eine Erklärung der Balkanländer «für die Achtung ihrer territorialen Integrität, für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, für den Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung bei der Lösung von Streitfragen, für Sicherheit und gutnachbarliche Beziehungen» vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde indessen von Schiwkoff in seiner Rede am Parteikongress weggelassen. Er begnügte sich mit dem Hinweis auf eine friedliche Zusammenarbeit aller Balkanstaaten.

### Mehr Konsumgüter versprochen

Ein besonderes Kapitel des Rechenschaftsberichts ist dem Kampf der KP Bulgariens für den Aufbau der technisch-materiellen Grundlage des Sozialismus und für die intensive Entwicklung der Wirtschaft gewidmet. «Sozialökonomische Hauptaufgabe des sechsten Fünfjahrplanes ist es, durch multilaterale Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Steigerung der sozialen Arbeitsproduktivität und der raschen Wirtschaftsentwicklung die komplexe und umfassendere Befriedigung der wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse sowie die Hebung des sozialistischen Bewusstseins zu gewährleisten.» («Rabotnitschesko delo», 21. 4. 1971. S. 4—6.)

Schiwkoff hob hervor, dass die Hauptzüge der Direktiven für den neuen Fünfjahrplan in der allseitigen Intensivierung der Volkswirtschaft und der Steigerung der Effektivität, in der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Entwicklung und Vervollkommnung der Struktur des Sozialproduktes und der verschiedenen Wirtschaftszweige sowie in der konsequenten Schaffung einer modernen, proportionell entwickelten und äusserst wirksamen Produktion bestehe.

Gemäss den Direktiven soll das Nationaleinkommen im Vergleich zum Jahre 1970 um 47

bis 50 Prozent, das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung um 25 bis 30 Prozent, die Produktion der wichtigsten Nahrungsmittel und anderer Waren um 38 bis 40 Prozent angehoben werden. Zugleich verspricht Schiwkoff eine reichere Auswahl von Konsumgütern im Rahmen des neuen Fünfjahrplanes. So soll der Fleischverbrauch in den kommenden fünf Jahren um 29 statt nur um 7 Prozent, wie in der vergangenen Planperiode, steigen, der Milchverbrauch um 33 (11) Prozent. Das Problem des Angebots an Massenverbrauchsgütern sei noch nicht gelöst; man werde an die Beseitigung dieses Missverhältnisses während des sechsten Fünfjahrplanes herangehen. Ferner ist vorgesehen, bis zum Jahre 1975 durchschnittlich pro Kopf der Bevölkerung eine Wohnfläche von 12,5 Quadratmetern und in den Städten nicht weniger als 11,3 Quadratmetern (gegenüber 9,9 Quadratmeter im Jahre 1970) zu garantieren. Statt 130 000 werde man 250 000 neue Wohnungen errichten.

Die Produktivkräfte sollen durch eine aktivere Beteiligung der Volksrepublik Bulgarien an der sozialistischen Wirtschaftsintegration weiter entwickelt werden. Die wichtigste Aufgabe besteht in der Koordinierung der Wirtschaftspläne Bulgariens mit jenen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder. Das Land soll während des sechsten Fünfjahrplanes beschleunigt industrialisiert werden. Die Industrieproduktion soll um 55 bis 60 Prozent erhöht werden, vorweg durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Auch die Energiewirtschaft muss rascher entwickelt werden. Bis zum Ende des sechsten Fünfjahrplanes soll das erste bulgarische Atomkraftwerk mit einer Kapazität von 880 MW in Betrieb genommen werden. Schon zu Beginn des Fünfjahrplanes ist eine Hochspannungsleitung zwischen der UdSSR und Bulgarien in



Schiwkoff und Breschnew fahren zum Kongress: Der Bevölkerung den Schutzherrn vorstellen.

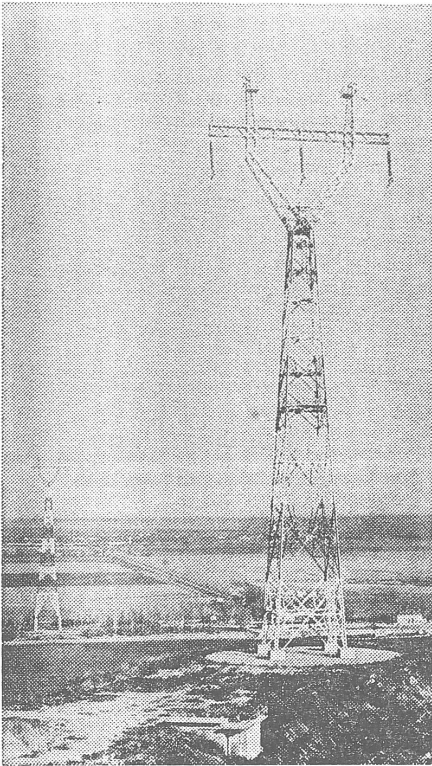
Betrieb zu setzen. Vorgesehen ist bis 1974 der Bau einer Erdgasleitung UdSSR—Bulgarien. Geplant sind zusätzliche Produktionskapazitäten für die Verarbeitung von 12 bis 13 Millionen Tonnen Erdöl im Jahre 1975. Der Umfang der Maschinenbauproduktion soll verdoppelt werden. Der Landwirtschaft ist die Erhöhung und Verbilligung der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufgegeben. Namentlich ist die Verstärkung von Agrar-Industrie-Komplexen als Produktionseinheiten mit agrar-industriellem Charakter vorgesehen. Anfang 1970 entstanden die ersten Agrar-Industrie-Komplexe als Versuchsmodelle in den Kreisen Vraca, Mezdra, Ivajlowgrad und Kotel. Nach diesen ersten Versuchen beschloss das ZK-Plenum der KPB im April 1970, die AIK nunmehr auf Landesebene zu verwirklichen. So entstanden innerhalb von rund acht Monaten

insgesamt 138 agrarisch-industrielle Produktionseinheiten, von denen bis Januar 1971 jedoch nur 51 vom Komitee für Wirtschafts-koordinierung genehmigt waren. Das erwähnte Komitee ist ein Organ des Ministerrates; ihm obliegt die Prüfung und Entscheidung der Frage, ob die neu geschaffenen AIK ökonomisch lebensfähige Unternehmen sind oder nicht.

Die am 4. Dezember 1965 in Bulgarien beschlossene Wirtschaftsreform soll nach Schiwkoff mit einigen Korrekturen ausgebaut werden. Die auffälligste Erscheinung der bulgarischen Reformbemühungen ist die Konzentrationsbewegung, die sich im Zusammenschluss branchengleicher Unternehmen in der Industrie äußerte, seit einem Jahr auf die Landwirtschaft



Breschnew im Kreis der Palladine: Den Applaus diktiert der «Gast».



Die Energie kommt aus der Sowjetunion. Priorität im neuen Fünfjahresplan hat die Hochspannungsleitung zwischen der UdSSR und Bulgarien.

übergriff und zur Gründung der Agrar-Industrie-Komplexe führte. Schiwkoff unterstrich indessen, dass das oberste Prinzip des neuen bulgarischen Wirtschaftslenkungssystems weiterhin die Planung bleibt, wobei zu erwarten ist, dass Bulgarien auch hier jenen Weg einschlägt, den der 24. Parteikongress der KPdSU für die sowjetische Wirtschaft vorgezeichnet hatte. Damit dürften auch in Bulgarien gewisse zentralistische Lenkungsmethoden in der Wirtschaft verstärkt werden.

### Die neue Staatsverfassung

Schiwkoff beanspruchte für den Entwurf zur neuen Staatsverfassung Bulgariens die besondere Aufmerksamkeit des Parteikongresses. «Die neue Verfassung Bulgariens», sagte Schiwkoff, «bringt den realen Humanismus und Demokratismus der sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck, in der der Mensch das höchste Ziel und den höchsten Wert darstellt. Sie bildet die rechtliche Grundlage für die Entwicklung der Staatsmacht, der Staatsorgane, der Rechte und Freiheiten der Bürger und des sozialistischen Demokratismus. Es ist dies die Verfassung für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Bulgarien.» («Rabotnitschesko delo», 21. 4. 1971.)

Der Verfassungsentwurf umfasst nebst Präambel zehn Kapitel mit insgesamt 139 Verfassungsartikeln. Im Vergleich mit der aus dem Jahre 1947 stammenden Verfassung Bulgariens enthält der Entwurf einige wichtige Änderungen. So wird die Kommunistische Partei «als führende Macht in der Gesellschaft und im Staat» bezeichnet, womit ihre Vorherrschaft im

Grundgesetz verankert wird. Ferner wird dieser neue Verfassungsentwurf als «eine Verfassung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft» bezeichnet. Grundlagen der neuen Verfassung sind: die führende Rolle der KP in der Verwaltung der Gesellschaft, die Freundschaft mit der UdSSR bzw. die Zugehörigkeit Bulgariens zur sozialistischen Staaten-Gemeinschaft, die weitere Stärkung des erweiterten Staatseigentums als «höhere Form des sozialistischen Eigentums».

Artikel 1 der neuen Verfassung lautet: «Die Volksrepublik Bulgarien ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter von Stadt und Land, an dessen Spitze die Arbeiterklasse steht. Die führende Kraft in der Gesellschaft ist die bulgarische Kommunistische Partei.» Ferner wird erklärt, dass Bulgarien zur sozialistischen Gemeinschaft gehört, «was eine der Hauptbedingungen für seine Unabhängigkeit und seine Entwicklung auf allen Gebieten ist» (Art. 11). Neu ist auch der Staatsrat, der das Präsidium der bulgarischen Nationalversammlung ablöst, das zurzeit die Funktionen der Staatspräsidentschaft ausübt (Art. 89—97). Die Angehörigen des Staatsrates werden von der Nationalversammlung unter ihren Mitgliedern bezeichnet. Der Staatsrat soll die Rolle des Staates verstärken und ist ein höheres Organ der Volksversammlung, das die Einheit der gesetzgebenden und ausführenden Tätigkeit des Staates sichern soll. Der Staatsrat hat das Recht, eine Gesetzesinitiative auszulösen, die allgemeine Kontrolle über die Regierung auszuüben, die Landesverteidigung zu leiten, sowie Bulgarien in den internationalen Institutionen zu vertreten. Nach der neuen Verfassung ist die Regierung des Exekutivorgan der Volksversammlung; die Regierung ist aber dem Staatsrat als höchstes Organ der Volksversammlung verantwortlich, wenn die Volksversammlung nicht tagt. Ferner anerkennt die neue Verfassung das Prinzip des Privatbesitzes, nebst dem staatlichen und genossenschaftlichen Besitz (Art. 21), sofern die Eigentumsrechte nicht auf Kosten der Öffentlichkeit ausgeübt werden. Der Staat schützt persönliches Eigentum, das durch Arbeit und andere legale Mittel erworben ist. Auch das Erbrecht wird anerkannt und gesetzlich garantiert (Art. 26). Artikel 20 sieht vor, dass die Arbeiterkollektive auf direkte Weise und über gewählte Organe an der Führung der wirtschaftlichen Tätigkeit teilhaben. Artikel 33—65 legen die bürgerlichen Grundrechte fest, darunter Gewissens- und Redefreiheit, sowie die Religionsfreiheit und die Freiheit der antireligiösen Propaganda (Art. 51). Jugendliche und alte Leute stehen unter dem besonderen Schutz der Verfassung (Art. 36 und 37). «Die Erziehung der Jugend im Geiste des Kommunismus ist eine bindende Pflicht für die Gesellschaft... Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Kinder mit Sorgfalt und im Geist des Kommunismus zu erziehen.» («Rabotnitschesko delo», 30. 3. 1971.) Alles in allem verankert die bulgarische Verfassung die führende Rolle der KP in Gesellschaft und Staat, sowie die Bindung und die Treue zur UdSSR.

Von besonderer Bedeutung ist Artikel 9, der den sozialistischen Internationalismus zu den Grundprinzipien des sozialistischen Staates zählt. Erstmals ist damit die beschränkte Souveränität verfassungsrechtlich verankert worden. Das läuft auf eine staatsrechtliche Aner-

kennung der Breschnew-Doktrin heraus und ist damit ein bemerkenswertes Novum. Am 12. November 1968 hatte Breschnew in seiner Warschauer Rede den sozialistischen Internationalismus so definiert, dass die Gefährdung des Sozialismus in einem Lande die andern sozialistischen Staaten zum Eingreifen zwingt.

### Das neue Parteiprogramm

Schiwkoff behandelte sehr ausführlich den Entwurf zum neuen Parteiprogramm. Einleitend stellte er fest, dass zwischen dem ersten (sozialdemokratischen) Parteiprogramm von 1891 und jenem von 1971 achtzig Jahre verflossen sind. In der Zwischenzeit hat es am 1. Parteikongress nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1919, eine Programmdeklaration gegeben, sowie im Jahre 1922 einen Entwurf, der nur vom Parteirat angenommen wurde, jedoch wegen des Verbotes der KPB 1923 nicht von einem Parteikongress bestätigt werden konnte. Später hat es am 5. Parteikongress im Jahre 1948 ein Programmdokument gegeben sowie diesbezügliche Beschlüsse am Aprilplenum des ZK der KPB im Jahre 1956. Am 7. Parteikongress 1958 wurde die Frage eines neuen Programmentwurfes aufgeworfen und am Juliplenum 1968 der Beschluss gefasst, dem 10. Parteikongress ein neues Parteiprogramm zu unterbreiten.

Im neuen Programm verpflichtet sich die Partei, eine entwickelte sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Dies ergebe sich aus der «objektiven Einschätzung des sozialökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungsstandes Bulgariens sowie der gewachsenen Macht der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, der Vertiefung der Zusammenarbeit unter ihnen, dem veränderten Kräfteverhältnis in der Welt, den ausserordentlichen Möglichkeiten, die die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung bietet, und der Nutzung der theoretischen Erkenntnisse und reichen Erfahrungen der KPdSU». Die KP Bulgariens, nach diesem Programm eine marxistisch-leninistische Partei, fordert insbesondere «die gegenseitige Hilfe, Zusammenarbeit und Integration mit den sozialistischen Ländern, sowie die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR». Die Entwicklung der bulgarischen sozialistischen Gesellschaft sei «undenkbar ohne die Festigung der Einheit der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, ohne die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit gegen die Bedrohungen durch die Feinde des Sozialismus, ohne den unversöhnlichen Kampf gegen den Antikommunismus und die ideologische Diversion des Imperialismus».

Der Programmentwurf unterstreicht die führende und lenkende Rolle der Partei in der Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur und umschreibt ihre Aufgaben in allen Bereichen des Lebens, des Staates und der Gesellschaft. Im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit der Partei «steht die Erziehung von überzeugten, moralisch standhaften, gesellschaftlich aktiven Persönlichkeiten mit einem hohen Bewusstsein ihrer Pflicht und Verantwortung vor der sozialistischen Gesellschaft». Besonders hervorgehoben wird die Erziehung des neuen Menschen im Geiste des proletarischen Internationalismus

## Chruschtschew über Vietnam

In seinen Erinnerungen\* widmet Chruschtschew ein Kapitel dem Thema «Ho Tschi Minh und der Krieg in Vietnam». Er behandelt dabei die Lage im Vorfeld der Indochina-Konferenz, die mit den Genfer Abkommen von 1954 zum Waffenstillstand zwischen dem Vietnam und Frankreich geführt hatte. Wir zitieren:

«Die Situation war sehr ernst. Die Widerstandsbewegung in Vietnam stand am Rande des Zusammenbruchs. Die Partisanen rechneten darauf, dass die Genfer Konferenz zu einem Waffenstillstandsabkommen führte, demzufolge sie die im Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die Franzosen eroberten Gebiete behalten konnten. Hanoi befand sich fest in der Hand der Franzosen. Wenn man eine Karte betrachtete, auf der unsere Gebietsforderungen für eine Beilegung des Konflikts eingetragen waren, sah man Nordvietnam wie mit Pockennarben von Enklaven bedeckt, die die Franzosen erobert und besetzt hatten.

Nach einer dieser Sitzungen im Katharinenaal des Kremles hielt Tschu En-lai mich zurück und zog mich in eine Ecke. Er sagte: «Genosse Ho Tschi Minh hat mir gesagt, dass die Lage in Vietnam hoffnungslos ist und die Bevölkerung falls wir nicht bald einen Waffenstillstand erreichen, sich kaum noch lange gegen die Franzosen behaupten kann. Sie hätten deshalb beschlossen, sich notfalls bis zur chinesischen Grenze zurückzuziehen. Sie möchten, dass China sich bereit erklärt, Truppen nach Vietnam zu schicken, so wie wir es in Nordkorea getan haben. Mit anderen Worten: die Vietnamesen möchten, dass wir ihnen helfen, die Franzosen zu vertreiben. Wir können dieser Bitte des Genossen Ho Tschi Minh einfach nicht entsprechen. Wir haben in Korea schon zu viele Menschen verloren — der Krieg ist uns teuer zu stehen gekommen. Wir können es uns zurzeit nicht leisten, uns in einen anderen Krieg hineinziehen zu lassen.»

Ich trug dem Genossen Tschu En-lai meinerseits eine Bitte vor. «Ein entscheidender Kampf ist im Gange», sagte ich, «und die Vietnamesen schlagen sich tapfer. Die Franzosen müssen schwere Verluste hinnehmen. Es gibt keinen Grund, war-

\* «Chruschtschew erinnert sich»; 598 Seiten; Rowohlt Reinbeck, 1971; Fr. 36.90.

um Sie Ho Tschi Minh sagen sollten, dass Sie ihm nicht helfen werden, falls sich seine Truppen, von den Franzosen geschlagen, bis zu Ihrer Grenze zurückziehen müssen. Warum erzählen Sie ihm nicht einfach eine harmlose Lüge? Lassen Sie die Vietnamesen doch in dem Glauben, dass Sie ihnen notfalls helfen werden. Für die Partisanen wird das eine Quelle der Begeisterung sein in ihrem Widerstandskampf gegen die Franzosen.» Tschu En-lai willigte ein, dem Genossen Ho Tschi Minh zu verschweigen, dass China auf vietnamesischem Territorium nicht gegen die Franzosen Krieg führen werde.

Dann geschah ein Wunder. In den Tagen, als die Delegationen zur Konferenz in Genf eintrafen, errangen die vietnamesischen Partisanen einen grossen Sieg und eroberten die Festung Dien Bien Phu. Auf der ersten Sitzung der Konferenz schlug Frankreichs Ministerpräsident Mendès-France vor, die nördliche Grenze der Einflussphäre der französischen Streitkräfte auf den 17. Breitengrad zurückzuverlegen. Ich gestehe, wir atmeten auf vor Ueberraschung und Freude, als uns diese Nachricht aus Genf erreichte. So etwas hatten wir nicht erwartet. Der 17. Breitengrad war das absolute Maximum, das wir gefordert haben würden. Wir gaben unseren Vertretern in Genf Weisungen, zu verlangen, dass die Demarkationslinie noch weiter nach Süden, auf den 15. Breitengrad, verlegt werde, aber das geschah nur, um den Eindruck zu erwecken, dass wir hart verhandelten. Nach kurzem Feilschen nahmen wir das Angebot von Mendès-France an, und das Abkommen wurde unterzeichnet. Es war uns gelungen, die Eroberungen der vietnamesischen Kommunisten zu konsolidieren.»

\*

Unter den Vorbehalten, die gegen Chruschtschews Buch hier angebracht worden sind (ZB 7, 7.4.1971), möchten wir diesen Text wie folgt kommentieren:

### 1.

Vielleicht war die Lage Ho Tschi Minhs 1954 nicht gar so schlecht, wie Chruschtschew sie in seiner Rückschau darstellte. Sicher aber war sie schlechter, als sie von den Franzosen damals beurteilt worden ist. Ansonst hätte sogar Mendès-France durchgehalten, mindestens um bessere

Bedingungen zu erzielen. Trifft dies zu und war die Position Ho Tschi Minhs ungünstiger als angenommen, so hat die den Europäern kaum mehr geläufige Taktik zum Erfolg geführt, wonach der ausgehungerte Belagerte eine Verhandlungsdelegation der Belagerer zum Festmahl empfängt, um Vorräte und damit Durchhaltungsmöglichkeiten vorzutauschen. Wir halten dafür, dass die Lage heute jener von 1954 in einigem ähnlich ist. Nordvietnam ist schwächer, Südvietnam dagegen wesentlich stärker, als allgemein angenommen wird. Dem Vietcong ist eine Wiederholung der Vietminh-Taktik gelungen. Indessen ist es diesmal nicht die amerikanische Regierung, welche die Lage verkennt wie 1954 die französische, sondern die öffentliche Meinung im Westen, die das Opfer der Desinformation geworden ist. Allerdings übt die disinformierte Öffentlichkeit heute auf die amerikanische Regierung einen Druck in der gleichen Richtung aus, in der sich Mendès-France freiwillig bewegte.

### 2.

Die Lagebeurteilung Chruschtschews ist durch Tschu En-lai wesentlich beeinflusst worden. Hat Tschu die Wahrheit gesagt, so zeigt sich, wie falsch die Franzosen diese Lage eingeschätzt haben. Hat aber Tschu die Lage schlechter dargestellt, als sie war, drängt sich der Schluss auf, dass er Moskau zu einer grösseren Unterstützung veranlassen wollte oder dass er sich eine Moskauer Aufforderung — und damit Rückenbedeckung — zum Einmarsch in Vietnam erhoffte. Bemerkenswert ist der Umstand, dass China auch dann keine Soldaten nach Nordvietnam schickte, als es sich von der sowjetischen Führung befreit hatte, was wiederum Chruschtschews Darstellung der Haltung Tschus Glaubwürdigkeit verleiht. Das anhaltende Nichteingreifen Chinas in die militärische Auseinandersetzung deckt eine Pekinger Einsicht in eigene Schwächen auf.

### 3.

Die zitierte Erklärung Tschus ist indessen in einem ganz anderen Zusammenhang von allergrösster, geradezu sensationeller Bedeutung. Tschu gesteht: «Wir haben in Korea schon zu viele Menschen verloren — der Krieg ist uns teuer zu stehen gekommen. Wir können es uns zurzeit nicht leisten, uns in einen anderen Krieg hineinziehen zu lassen.» Das beweist schlicht und einfach, dass Chinas Aggressionswille durch den Misserfolg in Korea auf Jahre hinaus gedämpft worden ist. Das heisst umgekehrt, dass der Aggressionswille durch Konzessionen genährt wird. Damit wird von einer unerwarteten Seite aus der amerikanische Einsatz in Korea und Vietnam historisch gerechtfertigt.

### 4.

Die geradezu atemraubende Offenheit, mit der Chruschtschew den Rat erteilt, durch eine «harmlose Lüge» die Nordvietnamer im Glauben zu lassen, sie erhielten im entscheidenden Moment Unterstützung, beleuchtet die zynische sowjetische Taktik, der Staatsraison die besten Freunde unbedenklich zu opfern. Diese Taktik wurde gegenüber den deutschen Kommunisten unter den Nazis von 1933 bis Kriegsausbruch, gegenüber den Warschauer Aufständischen 1944, gegenüber den ägyptischen Kommunisten 1959/60 angewendet — um nur drei Beispiele zu nennen.

Peter Sager

und sozialistischen Patriotismus. «Unabänderlich bleibt das grosse Prinzip unserer Partei: keinerlei Unterschätzung oder Missachtung des ideologischen Kampfes; keinerlei Kompromisse im ideologischen Bereich, Kampf gegen die bürgerliche Ideologie bis zum vollen Sieg der kommunistischen Ideologie». («Rabotnitschesko delo», 14.3.1971.)

Der Kongress wählte einstimmig ein neues ZK der Partei, welches 147 Mitglieder und 110 Kandidaten umfasst, sowie die Zentrale Revisions- und Kontrollkommission mit 107 Mitgliedern. Am Sonntag, 25. April 1971, trat das neugewählte ZK zur ersten Sitzung zusammen und wählte das aus elf Mitgliedern zusammengesetzte Politbüro, das ZK-Sekretariat sowie die Mitgliedskandidaten für das Politbüro.

Todor Schiwkoff wurde als Erster Sekretär des ZK der KP Bulgariens bestätigt. Zu Mitgliedern des Politbüros wurden folgende Personen gewählt: Boris Weltscheff, Bojan Balgaranoff, Schiwko Schiwkoff, Ivan Michajloff, Todor Pawloff, Frau Cola Dragojtschewa, Ivan Popoff, Pentscho Kubadinski, Stanko Todoroff, Tano Tsoloff und Todor Schiwkoff.

Der 10. Kongress der KP Bulgariens hat wenig Neues und nichts Unerwartetes gebracht. Es war ein Kongress, der noch deutlicher als bisher die bulgarische Abhängigkeit von Moskau aufdeckte: *his master's voice* wurde hörbar, mehr nicht. Einzig der Vorschlag für eine Neuauflage der Balkanföderation wurde abgedämpft, wohl um die verschiedenen Nationalistengruppen in Jugoslawien nicht aufzuschrecken und unter Titos Führung zu einem Kompromiss im Interesse Jugoslawiens zu zwingen. ■